

Vorblatt zum Frühwarndokument

Vorhaben:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität und der Kapazitäten in der Union für die Erkennung, Vorsorge und Bewältigung von Cybersicherheitsbedrohungen und –vorfällen
KOM-Nr.:	COM (2023) 209 final – 2023/0109 (COD)
BR-Drucksache:	240/23
Federführendes Ressort/Aktenzeichen:	StK
Zielsetzung:	Stärkung der gemeinsamen Fähigkeiten und der Solidarität in der EU zur Erkennung und Bewältigung von Bedrohungen der Informations- und Cybersicherheit samt entsprechender Vorsorge
Wesentlicher Inhalt:	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung des europäischen Cybersicherheits-schutzschilds durch Einrichtung/Weiterentwicklung nationaler und grenzüberschreitender Sicherheitseinsatzzentren (SOCs, Security Operations Centers) • Weiterentwicklung gemeinsamer Notfallmechanismen bei schwerwiegenden und großes Ausmaß annehmenden Cybersicherheitsvorfällen • Weiterentwicklung von Überprüfungsmechanismen für Cybersicherheitsvorfälle zur vertieften Analyse und Bewertung von Bedrohungen, Schwachstellen und Eindämmungsmaßnahmen in konkreten Fällen <p>Diese EU-Vorlage soll bestehende Regularien ergänzen, insbesondere die NIS-2-Richtlinie (RL EU 2022/2555), die derzeit in nationales Recht umgesetzt wird.</p>

<p>Vorläufige Einschätzung zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (bei Bedenken: kurze Begründung):</p>	<p>Bedrohungen im Cyberraum überschreiten ihrer Natur nach Staatsgrenzen. Im Sinne der Fragestellung ist von einer Zuständigkeit der EU-Ebene für Mitgliedstaaten-übergreifende Angelegenheiten des Schutzes des Binnenmarktes und der Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in der EU auszugehen.</p>
<p>Besonderes schleswig-holsteinisches Interesse?:</p>	<p>Das übergreifende Informations- und Cybersicherheitsmanagement der Landesregierung SH ist in der StK angesiedelt. Hier müssen im Sinne der gesamtstaatlichen Cybersicherheitsarchitektur die komplementären Initiativen und Maßnahmen der verschiedenen Ebenen (EU, Bund, Land, Kommunen) aus Landessicht verknüpft und zusammengeführt werden. Die künftige Landesstrategie Digitale Resilienz/Landescybersicherheitsstrategie wird diese EU-Initiative berücksichtigen müssen. Dazu gehört auch eine Prüfung der Einbindung des Dataport-SOCs in die gesamtstaatlichen SOC-Aktivitäten (voraussichtlich unter BSI-Koordination) in Deutschland.</p>
<p>Zeitplan für die Behandlung: a) Bundesrat b) Rat: c) ggf. Fachministerkonferenzen, etc.</p>	<p>a) BR In: 1014. Sitzung, 22.06.2023</p>